



Institut für Politikwissenschaft, Fabrikstrasse 8, CH-3012 Bern

^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliche Fakultät

Departement
Sozialwissenschaften

Institut für Politikwissenschaft

Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund am Beispiel der Entsorgung radioaktiver Abfälle

Teilprojekt aus dem Forschungsprojekt
"Partizipative Entsorgungspolitik"

Claudia Alpiger (Projektbearbeitung)
Prof. Dr. Adrian Vatter (Projektleitung)

Im Auftrag des Bundesamtes für Energie (BFE)

Bern, April 2017

Zusammenfassung

Im Rahmen des Forschungsprojektes "Partizipative Entsorgungspolitik" wurde ein Teilprojekt erarbeitet, welches sich mit der politischen Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund (MH) auseinandersetzt. Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse dieses Teilprojektes. Neben der allgemeinen politischen Beteiligung dieser drei Bevölkerungsgruppen wird auch deren Mitwirkung in der regionalen Partizipation im Sachplanverfahren zur Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen behandelt. Der Bericht ist in drei Teile gegliedert: Überblick über den Forschungsstand, eigene Auswertungen und Handlungsempfehlungen.

Der **Fokus auf diese drei Bevölkerungsgruppen** Frauen, Jugendliche und Personen mit MH basiert auf den Erkenntnissen aus der Begleitforschung zum Aufbau der regionalen Partizipation, dass neben Frauen auch Jugendliche / junge Erwachsene und Personen mit MH in den Regionalkonferenzen (RKs) stark untervertreten bis gar nicht vertreten sind. Im Rahmen dieses Teilprojektes soll deshalb herausgefunden werden, weshalb sich diese Bevölkerungsgruppen weniger stark politisch engagieren – sei es sowohl allgemein in der Politik als auch spezifisch in der regionalen Partizipation. Basierend auf Beiträgen aus der Forschung und aufgrund eigener durchgeführter Interviews mit verschiedenen Personen (Präsidenten der RKs, ein Sozialwissenschaftler, zwei Frauen aus der Nuklearbranche, ein Nationalrat mit MH und neun Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren) werden die Gründe für die schwache Beteiligung der drei Bevölkerungsgruppen herausgearbeitet und schliesslich Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Beteiligung dieser drei Gruppen formuliert. Die Handlungsempfehlungen sollten zum einen dazu dienen, deren politisches Engagement allgemein zu verbessern. Zum anderen handelt es sich aber auch um konkrete Handlungsempfehlungen für die zukünftige Gestaltung der regionalen Partizipation im Sachplanverfahren.

In der **Forschung** werden verschiedene Ursachen aufgeführt, weshalb sich Frauen, Jugendliche und Personen mit MH politisch weniger stark engagieren als Männer, erwachsene Personen oder Personen ohne MH. Grundsätzlich verfügen diese Gruppen über weniger Ressourcen (zeitlich oder finanziell), ist das politische Interesse geringer und alle drei Gruppen werden weniger mobilisiert. Bei den Frauen spielt vor allem die unterschiedliche (geschlechterbezogene) Sozialisation, die unterschiedlichen Lebenslagen, die strukturellen Zugangsbarrieren (auch aufgrund des konservativen Frauenbildes) oder die gesellschaftlichen Grundeinstellungen gegenüber Frauen in der Politik eine Rolle für deren niedrige politische Beteiligung. Bei den Jugendlichen sind es insbesondere das fehlende politische Interesse und die niedrige politische Bildung, die als Gründe für deren schwaches politisches Engagement genannt werden. Junge Erwachsene fühlen sich zudem zu wenig kompetent und zu unerfahren, um sich politisch zu engagieren oder ihnen sind die politischen Institutionen zu komplex oder zu veraltet. Personen mit MH haben oft ein ähnliches sozioökonomisches Profil wie Personen, die sich grundsätzlich kaum an Wahlen und Abstimmungen beteiligen: sie haben ein niedriges Bildungsniveau, kommen aus einer tiefen Einkommensschicht, sind oft jünger, haben kein grosses persönliches Netzwerk und verfügen auch über wenig politisches Wissen. Des Weiteren spielen Gründe wie die Beherrschung der Sprache,

das (fehlende) Gefühl, zur Gesellschaft zu gehören, oder die frühe Sozialisation (fehlende Demokratieerfahrung im Elternhaus) eine Rolle für die niedrige Beteiligung von Personen mit MH.

Die **eigenen Auswertungen** haben einerseits gezeigt, dass alle drei Bevölkerungsgruppen sowohl allgemein in der Politik als auch in den RKs schwächer vertreten sind – in den RKs sind sie zum Teil gar nicht vertreten. Andererseits konnten mit Hilfe der Befragungen ebenfalls Gründe herausgearbeitet werden, weshalb sich Frauen, Jugendliche und Personen mit MH wenig politisch beteiligen. Die zusammengetragenen Gründe entsprechen mehrheitlich den bereits im Forschungsstand genannten Ursachen. Die befragten Personen haben ebenfalls Empfehlungen abgegeben, wie die Partizipation der drei Bevölkerungsgruppen allgemein oder spezifisch in der regionalen Partizipation verbessert werden könnte. Diese sind zu einem grossen Teil in die Handlungsempfehlungen miteingeflossen.

Als Lösungsansatz zur Steigerung der geringen politischen Beteiligungsraten der drei Bevölkerungsgruppen in der Schweiz wird **allgemein empfohlen**, die politische Bildung in der Schule zu fördern und auszubauen (*I.*), die Frauen in der Politik – aufgrund des oft noch sehr traditionell geprägten Frauenbildes – mehr zu unterstützen und zu fördern (*II.*), die Wertschätzungen und Einstellungen gegenüber jungen Erwachsenen und Personen mit MH zu verbessern (*III.*) und die Politik zugänglicher und attraktiver zu gestalten (*IV.*). **Den Verantwortlichen der regionalen Partizipation wird empfohlen**, eigene Veranstaltungen von und für Jugendliche und Frauen durchzuführen (*V.*), Vorbildpersonen für Frauen, Jugendliche und Personen mit MH aktiv zur Mitgliedergewinnung zu nutzen (*VI.*) und gezielter und persönlich auf die einzelnen Personen oder Personengruppen zuzugehen und dabei gruppenspezifisch zu kommunizieren (*VII.*).